



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Gabriella Wenzel

Wiesbaden, 30.04.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 7. Mai 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über das Jahresgespräch mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit und die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 19.03.2025**
2. **Vorstellung des Projekts „Sprach und Kulturmittler“ durch WIF e.V. Wiesbaden**
3. **Vorstellung der Arbeit der Anti-Diskriminierungsberatung durch Spiegelbild Wiesbaden**

4. 25-F-22-0042

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 29.04.2025 -

Die Corona-Pandemie hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Wie das Bundesfamilienministerium 2023 feststellt, waren auch im dritten Jahr nach Ausbruch der Pandemie weiterhin rund 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychisch belastet. Die Auswirkungen reichten dabei weit über die allgemeinen Sorgen oder Unsicherheiten hinaus und manifestierten sich in konkreten psychischen Erkrankungen.

Auch in Wiesbaden sind die Folgen sichtbar. In der AG Pandemiefolgenbewältigung des Jugendhilfeausschusses (JHA) wurde über deutlich schwerwiegendere psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen berichtet. Die lange Wartezeit von teils bis zu sechs Monaten auf Beratungstermine während der Pandemie verdeutlichte die Überlastung bestehender Angebote. Die AG empfahl daher u.a. die Schaffung einer zusätzlichen Erziehungsberatungsstelle. Eine entsprechende Bedarfsermittlung wurde laut Bericht im JHA in Angriff genommen.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zur allgemeinen Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Wie haben sich die Fallzahlen psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen seit Beginn der Pandemie (Vergleich 2019 bis heute) entwickelt?
 - b. Welche Veränderungen bei den Krankheitsbildern wurden beobachtet?
 - c. Gibt es Erkenntnisse, ob sich die psychische Situation der Kinder und Jugendlichen wieder auf dem Niveau vor der Pandemie stabilisiert hat oder ob weiterhin ein besonderer Handlungsbedarf besteht?
2. zur Situation der Erziehungsberatungsstellen in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Wie haben sich die Fallzahlen seit 2019 entwickelt?
 - b. Wie haben sich die Wartezeiten auf Beratungstermine seit 2019 entwickelt?
 - c. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Bedarfsermittlung einer neuen Erzieherberatungsstelle?
 - d. Welche finanziellen und personellen Ressourcen wären aus Sicht des Magistrats erforderlich, um eine zusätzliche Beratungsstelle einzurichten?

5. 25-F-10-0007

Zuweisungszahlen geflüchteter Menschen an die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der AfD-Fraktion vom 29.04.2025 -

In der Vergangenheit wurden Zuweisungszahlen geflüchteter Menschen vom zuständigen Dezernenten Manjura im Rahmen der Ausschusssitzungen regelmäßig vorgetragen. Aktuell gibt es nur einen Jahresbericht zu geflüchteten Menschen, der diese Zahlen enthält. Durch die im Jahresbericht genannte Fachsoftware sollte es möglich sein, die Zahlen quartalsweise zur Verfügung zu stellen.

Antrag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familien und Wohnen möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
der Magistrat wird gebeten,

den Fraktionen quartalsweise eine Statistik, analog zu Punkt 3.5 des Jahresberichtes, zu
untergebrachten geflüchteten Menschen vorzulegen.

6. 25-F-15-0017

Beratungsstelle für barrierefreies Wohnen
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 29.04.2025 -

Die Stadt bietet eine Beratungsstelle für barrierefreies Wohnen an. Der Besuch der
Sozialdezernentin im März 2025 in der „Beratungsstelle für barrierefreies Bauen und Wohnen“
macht deutlich, dass das Ziel, selbstbestimmt und sicher in den eigenen 4 Wänden zu wohnen
für Menschen mit Einschränkungen für die Kommunalpolitik sehr wichtig ist. Deshalb sollte die
Sozialverwaltung über diese Beratungsstelle im Ausschuss berichten.

Der Ausschuss wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Bürgeranfragen gab es 2024 an die Beratungsstelle?
2. Wie viele Bürger besuchten 2024 die Beratungsstelle?
3. Welche thematischen Anfrageschwerpunkte gab es gegenüber der Beratungsstelle?
4. In wie vielen Fällen wurden mit Unterstützung der Beratungsstelle Fördermittel beantragt?

**7. Anträge aus dem Jahresgespräch 2025 mit dem Arbeitskreis Inklusion und
Barrierefreiheit am 19.03.2025**

7.1 25-A-79-0009

ANLAGE

Inklusive Stadtgesellschaft
- Protokollnotiz Nr. 0029 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie
vom 19.03.2025 -

7.2 25-A-79-0011

ANLAGE

Baumaßnahmen öffentlicher Gebäude und Schulen
- Protokollnotiz Nr. 0031 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie
vom 19.03.2025 -

7.3 25-A-79-0012

ANLAGE

ESWE-Verkehr

- Protokollnotiz Nr. 0032 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie

8. 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

- Die Magistratsberichte zu den nachfolgenden Tagesordnungspunkten 1 und 2 stehen im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

1. 22-F-69-0072

Optische Markierung von Treppenstufen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 23.11.2022 -

- Bericht des Dezernates V vom 16.04.2025 -

2. 24-F-22-0024

Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 18.06.2024 -

- Bericht des Dezernates V vom 22.03.2025 -

3. 25-V-51-0004

Umsetzung Rechtsanspruch; Ferien, Randzeiten und stufenweiser Einstieg

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 06.05.2025; die Beratungsunterlagen werden nachgereicht -

4. 25-V-67-0001

DL 07/25-13

Umgestaltung Wallufer Platz

5. 25-V-67-0002

Umgestaltung Kinderspielplatz Quellbornstraße

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 06.05.2025; die Beratungsunterlagen
werden nachgereicht -*

6. 25-V-70-0002

DL 07/25-14

Konzeptpapier Öffentliche Toiletten in Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender

TOP 7.1/I



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 19. März 2025

Vorlagen-Nr. 25-A-79-0009

Inklusive Stadtgesellschaft

Mit der Einstellung der Inklusionsbeauftragten, Frau Hausy, hat die Stadt Wiesbaden einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Konvention getan. In einigen Bereichen wird intensiv für mehr Inklusion getan (siehe oben). In anderen Feldern wie die Gestaltung des öffentlichen Raumes oder bei Baumaßnahmen (öffentliche Gebäude) erleben wir mangelndes Interesse an Barrierefreiheit und dem Willen zu mehr Inklusion (u. a. von mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern und von Menschen mit kognitiven Einschränkungen).

Was sind die nächsten Schritte in der Umsetzung der inklusiven Stadtgesellschaft?

Protokollnotiz Nr. 0029

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 07.05.2025 verschoben.

Der Magistrat wird gebeten eine entsprechende Antwort bis zu dieser Sitzung nachzureichen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 29.03.2025

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 29.03.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 24.03.2025

Dezernat I z. H.
Dezernat V z. W. V.
mit der Bitte um weitere Veranlassung


Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister
BGR



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 19. März 2025

Vorlagen-Nr. 25-A-79-0011

Baumaßnahmen öffentlicher Gebäude und Schulen

Wir erleben leider immer wieder (wie zuletzt beim Neubau der HSK), dass bei Neubauten die Umsetzung von Inklusion und Barrierefreiheit nicht akzeptabel umgesetzt wird. Dies betrifft die unterschiedlichsten Baumaßnahmen, die im Auftrag der Stadt von den städtischen Gesellschaften durchgeführt werden (SEG, WIBAU ...)

Wie sichert die Stadt bei diesen Projekten die Barrierefreiheit?

Wer ist zuständig für die Umsetzung?

Gibt es diesbezüglich festgelegte Strukturen in der Planungsphase?

Protokollnotiz Nr. 0031

- I. Die Stellungnahme des Dezernates III für den Bereich Schulen vom 10.03.2025 wird zur Kenntnis genommen:

„Im Rahmen von Neubaumaßnahmen von Schulen ist die Sicherstellung der Barrierefreiheit Bedingung des Planungsprozesses. Es gelten die Vorgaben der DIN 18040 und entsprechende Arbeitsschutzrichtlinien.

Bauanträge bedingen die Berücksichtigung, Befreiungen werden in der Regel schwer bis gar nicht erteilt.

Barrierefreiheit und Inklusion sind ein regelmäßiges Thema in unseren Schulen, so dass auch im Bestand dringende unabweisbare Nachrüstungen erfolgen (z.B. Nachrüstung von Behinderten-WC, Akustikmaßnahmen für hörgeschädigte Kinder, Geländer, Treppenlifte u.a.).

Sicherlich sind noch nicht alle Gebäude der Wiesbadener Schulen vollständig barrierefrei; dies ist ein längerer Prozess. In vielen Fällen müssen daher auch organisatorische Maßnahmen in den Schulen greifen.

Interessieren würde mich, in welchen Schulen aus Ihrer Sicht, - trotz Neubaumaßnahmen - die Inklusion und Barrierefreiheit nicht akzeptabel umgesetzt wurden.“

- II. Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 07.05.2025 verschoben.

Der Magistrat wird gebeten eine entsprechende Antwort bis zu dieser Sitzung nachzureichen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2025



Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 29.03.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 2.04.2025

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung zu Ziffer II



Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu Ziffer I

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

BR

TOP 7.3/I



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 19. März 2025

Vorlagen-Nr. 25-A-79-0012

ESWE-Verkehr

Der Ausbau der Bushaltestellen geht nur schleppend voran (10 Haltestellen pro Jahr).

Die Priorisierung des Ausbaus ist undurchsichtig. Inwieweit spielen dabei die Bedarfe behinderter Menschen eine Rolle?

Wann werden die beiden zentralen City-Haltestellen Luisenplatz und Kirchgasse ausgebaut?

Protokollnotiz Nr. 0032

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 07.05.2025 verschoben.

Der Magistrat wird gebeten eine entsprechende Antwort bis zu dieser Sitzung nachzureichen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2025

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 7.03.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 2.03.2025

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung


Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

BZ